

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verstellungen nehmen die Anzeigen aus dem Anzeiger für das Erzgebirge. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeiger für das Erzgebirge.

Verstellungen nehmen die Anzeigen aus dem Anzeiger für das Erzgebirge. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeiger für das Erzgebirge.

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Kaisers der Stadt und des Amtsgeschäfts Aus. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 237

Sonntag, den 10. Oktober 1926

21. Jahrgang

Dr. Külz über Auslandsdeutschtum und Heimat.

Berlin, 8. Okt. Ueber Auslandsdeutschtum und Heimat sprach heute Abend Reichsminister des Innern Dr. Külz zu den Hörern der Funfstunde. Er betonte, daß man in der Heimat nicht in den alten Fehler der Gleichgültigkeit gegenüber dem Auslandsdeutschtum verfallen dürfe, sondern äußerlich und innerlich die engste Verbindung mit dem im Auslande lebenden 40 Millionen Deutschen aufrechterhalten müsse. Die sichersten Träger des Deutschtums sind die deutsche Sprache und das deutsche Gewissen. Dazu müssen wir

die inneren Kraftquellen des Deutschtums erkennen und vertiefen.

Die stärkste Kraftquelle des Deutschtums liegt in der deutschen Kultur, und deswegen bewegt sich die Erhaltung und Stärkung des Auslandsdeutschtums in erster Linie auf kulturellem Gebiet. Im Zusammenhang mit der Bedeutung von Familie und Schule für das Deutschtum sagte der Minister:

Schutz der deutschen Familie und Schutz der deutschen Schule,

das ist das A und O der deutschen Politik zum Schutze der deutschen Minderheiten, wie es Ziel der deutschen Politik sein muß, keine berechtigte Klage fremder Minderheiten innerhalb des deutschen Reiches aufkommen zu lassen. Zum deutsch-kolonialen Gedanken übergehend, führte der Minister aus:

Die Wiedereinrichtung Deutschlands in die kolonialen Mächte ist eine Sache des deutschen Rechtes, der deutschen Ehre und der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gleichberechtigung.

Wir wissen, daß eine Entwicklung zu normalen Verhältnissen auf kolonialen Gebieten sich nicht von heute auf morgen vollziehen kann. Aber das darf uns nicht hindern, die Entwicklung nach dieser Richtung hin mit allen Mitteln zu beeinflussen. Deutschland hat ein historisches und ein sittliches Recht, in der Reihe der Nationen zu verbleiben, die an der kulturellen und wirtschaftlichen Erschließung der überseeischen Länder beteiligt sind. Der Minister schloß mit der Aufforderung, alle parteipolitischen Gesichtspunkte gegenüber dem deutschen Gedanken zurücktreten zu lassen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Abchluss der Kopfstahlgemeinschaft, Verständigung der eisenverarbeitenden Industrie, Verständigungsbündnisse auch auf dem Röhren-Parteitag der Deutschen Volkspartei — die allgemeine Stimmung tendiert in einem solchen Maße nach Frieden, daß man beinahe unruhig werden könnte. Und man wird es auch. In erster Linie ist es das Problem der Abklärung der Befahrungsdarlehen, des Rückkaufes der Saargruben und der dafür von Deutschland zu erstellenden Gegenleistungen, das allgemein beunruhigt und bereits in seiner theoretischen Erörterung zu einem Kopfschütteln über Lebensfragen der deutschen Wirtschaft und Währung überhaupt geführt hat. Bekanntlich sagte auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in seinen letzten Ausführungen in der Zentralauskunftung vor dem letzten Ultimo, daß die Stellung des Notenumlaufes, die durch das starke Vereinstreten von Auslandskrediten im Wesentlichen verursacht worden ist, zwar zu ernstlichen Bedenken noch keinen Anlaß gäbe, immerhin aber in keinem organischen Verhältnis zu dem nur langsamem Produktionsfortschritt unserer Wirtschaft stehe. Angesichts der Frage der Ueberweisung von 2 Milliarden Reichsbahnobligationen an Frankreich als Basis für eine große französische Staatsanleihe, angesichts der Passivität unserer Handelsbilanz und der immer noch sehr großen und für den Winter doppelt gefährlichen Arbeitslosigkeit hört man in Fachkreisen Berlins neuerdings wieder die ernste Frage, ob nicht irgendwo in unserer Währungssituation ein grundsätzlicher Mangel oder Irrtum vorliege. Man glaubt diese Fragen und Besorgnisse dahin erklären zu können, daß zwischen Goldmark und Reichsmark ein Unterschied bestehe. Da die Dollarmark frei gegeben worden ist und auch seit der Stabilisierung jederzeit Gelegenheit bestand, für Reichsmark die der Goldmark entsprechenden Beträge an Auslandsdevisen zu erwerben, so dürfte das irgendwo wirklich vorhandene Uebel nicht ein ausgeprochenes Währungsübel sein. Die Tatsache, daß für 420 Reichsmark in Deutschland keineswegs fofiel erarbeitet werden kann wie für die entsprechende Summe — 100 Dollar — in Amerika, beweist, daß in erster Linie alle Relationen zwischen Warenpreisen, Löhnen und Wertschöpfung in Anbetracht einer unvollkommenen Korrektur bedürfen, sofern die deutsche Wirtschaft in Wahrheit mit dem Auslande wettbewerbsfähig werden will.

Währungsfehler im eigentlichen Sinne liegen insofern vor, als die Rentenmarkanleihe und Rentenmarkkredite (sowie der weitaus größte Teil aller anderen folgenden Auslandsanleihen eben, wie früher bereits erwähnt, als Notopiumprinzipien zwar vorübergehend beliebt haben, bald aber den Wirtschaftskörper lähmten und vor allem eine Auswucherung an den verschiedensten Zweigen verursachten, wodurch jetzt eine gesunde Beurteilung unserer Situation fast zur Unmöglichkeit wird.

Da wir die erste kürzlich geäußerte beunruhigende Zusicherung des Reichsbankpräsidenten haben, daß eine ordnungsmäßig goldgedeckte Währung immer stabilisiert werden könne, ist Zeit und Mühe genug vorhanden, um erst einmal rein theoretisch die Frage aufzuwerfen, wie denn die wirkliche Annäherung der Reichsmark an die Goldmark, die ohne Frage im Jahre 1926 gegenüber den beiden Vorjahren ganz wesentliche Fortschritte gemacht hat — weiter vollzogen werden kann. Obgleich man in der viel gerühmten und viel bespöttelten Preislenkungsaktion der Reichsregierung nur Teilerfolge verzeichnen kann, ist jetzt doch klar, daß das Bestreben der Preisabkantung der einzig richtige Weg ist, die Währung innerlich weiter zu sanieren und damit zu einer gesunden Zahlungsbilanz zu kommen. Kurz gesagt: die um 0 bis 100 Prozent über den der Goldmark entsprechenden Beträgen liegenden Warenpreise, Löhne und Wertschöpfung müssen auf irgend eine Weise wesentlich herunter; je eher dies geschieht, umso besser ist es für unsere Gesamtsituation, umso weniger werden wir von den Nachsehern und meist unerkannten Nachwirkungen gewisser Währungsmängel heimgeführt werden.

Die Wege zur Erfüllung dieser Forderung sind vielfältig, aber in der Regel nur schwer zu beschreiten. Wir haben gesehen, auf welchen eminenten Widerstand die Antikartellbewegung der Reichsregierung stieß; wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, liegt seit mindestens einem halben Jahre über der Tätigkeit des Kartellgerichts Ruhe, Stille und Staub über den Akten; weitere Maßnahmen sind nicht erfolgt. Der notwendige Preisrückgang auf dieser Linie geriet von vornherein ins Stocken. Von hier aus gesehen ist auch die gegenwärtig im weiteren Fortgang befindliche horizontale Verdrängung der deutschen Industrie alles andere als wünschenswert; ehe der Eisenpakt überhaupt in Sicht war, rechnete man in unterrichteten Kreisen mit folgender Kondition: Kommt der Eisenpakt, gehen die Preise um den und den Prozentsatz hinauf. Der Eisenpakt ist gekommen und die bisherigen Auslassungen von unabhängiger Stelle gaben ungewollt zu erkennen, daß eine Preisermäßigung höchstens erst in weiterer Ferne ins Auge gefaßt werden könne. Was zu bewahren war.

Auf der anderen Seite ist es leider notwendig, das von der Politik so durch und durch getränkte und verärbte Problem der Arbeitszeit und auch der Löhne in Angriff zu nehmen. Es fällt in dem politisch verärbten Deutschland schwer, rein zu Gunsten und im Lichte der Währungs- und wirtschaftlichen Fragen hierzu Stellung zu nehmen. Von vornherein soll auch zugegeben werden, daß die ungesunde

Seedts Rücktritt.

Um die Nachfolgerschaft.

Der Reichspräsident hat an den Generaloberst von Seedt in Genehmigung seines Abschiedsgesuches nachfolgendes Handschreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Generaloberst! Ihrem Antrage um Entlassung aus dem Heeresdienst habe ich in der anliegenden Urkunde entsprochen. Ich sehen Sie mit großem Bedauern aus dem Heere scheiden, und es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen in dieser Stunde namens des Reiches wie eigenen Namens von Herzen zu danken für alles, was Sie im Krieg und im Frieden für das Heer und für unser Vaterland getan haben. Ihr Name ist mit zahlreichen Ruhmesstaten unseres Heeres im Weltkrieg verbunden und wird in der Kriegsgeschichte unvergänglich weiterleben.“

Ebenso hoch aber steht die stille und entfangungsvolle Arbeit, in der Sie in der harten Nachkriegszeit die neue Reichswehr aufgebaut und ausgebildet haben, und ebenso groß sind die Verdienste, die Sie sich in den hinter uns liegenden Jahren schwerer Ershütterungen des Reiches um die Erhaltung der Ordnung und der Autorität des Staates erworben haben.

All dieses wird Ihnen unergessen bleiben! Ich hoffe zuberichtlich, daß Ihr vielseitiges Wissen und Können, Ihre Tatkraft und Ihre Erfahrung auch künftig unserem Vaterland nutzbar sein werden, und ich bin in dieser Erwartung mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr ergebener
gez.: v. Hindenburg.“

Wie die Blätter schreiben, ist eine Entscheidung in der Frage des Nachfolgers für Generaloberst von Seedt noch nicht gefallen. Laut „Berliner Lokalanzei-

ger“ wird in politischen Kreisen angenommen, daß in erster Linie mit dem Generalleutnants Heye und Haffe Verhandlungen über die Berufung eines der beiden Generale auf den Posten geführt werden sollen. Chef der Heeresleitung wird jedenfalls der Nachfolger Seedts nicht werden, da es seit dem Sommer 1923 einen solchen nicht mehr gibt, was bisher praktisch nicht in Erscheinung getreten war. Dem Blatt zufolge bleibt noch die Frage offen, ob der neue militärische Berater des Reichswehrministers die Stellung eines Staatssekretärs im Reichswehrministerium erhalten soll.

Reinhardt lehnt ab.

Der nach Seedt dienstälteste General, General der Infanterie Reinhardt, Kommandeur des Reichswehrgruppen-Kommandos 2 in Kassel, soll gebeten haben, von seiner Ernennung abzusehen.

Heye und Haffe.

Generalleutnant Heye, der der Infanterie entstammt, war während der zweiten Hälfte des Krieges Chef der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier und hat in dieser Stellung in engster Zusammenarbeit mit Ludendorff die strategischen Vorbereitungen für alle größeren Operationen der deutschen Armee ausgearbeitet. Seine große militärische Begabung steht außer allem Zweifel. Nach dem Kriege übernahm Heye zunächst das Truppenamt des neuorganisierten Reichswehrministeriums. Diese Stellung bekleidete er, bis sie im Jahre 1923 Generalleutnant Haffe übernahm. Kurze Zeit verwaltete er dann das Personalamt. Ende 1923 wurde Generalleutnant Heye dann mit dem besonders wichtigen Posten des Kommandeurs des Wehrkreis-Kommandos 1 in Königsberg betraut. Heye ist einer der dienstältesten Offiziere der Reichswehr.

Annahme des Hohenzollernvergleichs im Preussischen Staatsrat.

Berlin, 8. Okt. Der Preussische Staatsrat nahm heute nachmittag den Gesetzentwurf über den zwischen dem preussischen Staat und dem Vertreter des vormalig regierenden preussischen Königshauses über die Vermögensauseinandersetzung abgeschlossenen Vertrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an.

Italien verlangt von Jugoslawien die Ratifizierung der Nettuno-Verträge.

Rom, 8. Okt. „Tribuna“ teilt mit, daß der italienische Gesandte der jugoslawischen Regierung eine Note überreichte, in der die Ratifizierung der Nettuno-Verträge gefordert wird, die die dalmatinischen Besitzungen italienischer Staatsbürger vor der Enteignung durch das dalmatinische Agrardekret schützen sollen.

Untersuchung über einen angeblichen neuen Zwischenfall im besetzten Gebiet.

Witna, 8. Okt. Die Wainzer Kriminalpolizei teilt mit, daß heute nacht ein französischer Sergeant an eine Volkspatrouille herangetreten sei und mitgeteilt habe, er sei angehalten worden. Die Volkspatrouille nahm sofort die Verfolgung des angeblichen Täters auf, aber ohne Erfolg. Von der Kriminalpolizei sind Ermittlungen eingeleitet worden; sie haben bisher keine Anhaltspunkte ergeben, ob die Darstellung des französischen Sergeanten zutrifft und auch keine Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Täters.

Das geplante Stresemannattentat vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute die Verhandlung gegen die beiden früheren Angeklagten von Siemens und Halse, Lorenz und Kalbendorff, die beschuldigt sind, ein Komplott zur Ermordung Dr. Stresemann geschmiedet zu haben. Da ein wichtiger Zeuge nicht erschienen war, wurde die Verhandlung auf den 20. Oktober vertagt.